

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

II. Tagung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Informationsmitteilung über die Sitzung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

In der Nachmittagssitzung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR am 15. Oktober und in der Vormittagssitzung am 16. Oktober wurde der Entwurf der Deklaration über die Staatsouveränität der Republik erörtert. An den Debatten beteiligten sich die Deputierten: N. I. Akuljew, M. W. Baschenow, I. N. Almagambetow, T. B. Sulejmenow, M. K. Kosyabajew, S. F. Kostin, A. F. Koslow, M. B. Tinkeljew, Sh. M. Abdildin, N. Kolschybekow, A. S. Kasakow,

U. D. Dshambekow, B. D. Belik, U. A. Dsholdasbekow, B. A. Kadyrbekow, M. T. Ospanow, B. Balgynbajew, A. A. Abdullin, S. A. Subbotin, G. B. Wassiljew, E. K. Kusmlk, J. M. Sachow, P. M. Fedosenko, S. S. Simanow, A. A. Knjagin, J. K. Jertysbajew, K. T. Turysow (Volksdeputierter der UdSSR), A. G. Peregrin, A. T. Turganbekow, P. M. Potapow, K. A. Altanow, A. Kekilbajew, W. I. Kotelnikow, Sh. Kallijew, S. S. Sartajew, U. B. Baimuratow.

Es wurde eine Kommission zur Nacharbeitung des Entwurfs der Deklaration über die Staatsouveränität der Republik unter Berücksichtigung der Vorschläge und Bemerkungen, die während seiner Erörterung in den Massenmedien und auf der Tagung eingingen, gebildet. Bekanntlich hat das Präsidium des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR am 15. September 1990 in Anbetracht des Strebens der Völker

Kasachstans nach Souveränität, der historischen Bedeutung der Annahme der Deklaration der Rechte der Werktätigen der Republik am 6. Oktober 1920 — des ersten verfassungsmäßigen Aktes, der die Schaffung der nationalen Staatlichkeit verkündigte, den Beschluß „Über die Stiftung des Tages der Republik“ gefaßt. In der Nachmittagssitzung bestätigte der Oberste Sowjet diesen Beschluß und nahm ent-

sprechende Änderungen an den Gesetzgebungsakten der Kasachischen SSR vor. Darauf gingen die Deputierten an die Erörterung des Entwurfs des neuen Unionsvertrags. Den Bericht zu dieser Frage gab der Präsident der Kasachischen SSR N. A. Nasarbajew. Am 17. Oktober werden die Deputierten in den Komitees und Kommissionen des Obersten Sowjets tätig sein.

Zum Entwurf der Deklaration über die staatliche Souveränität der Kasachischen SSR

Bericht des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR J. M. ASSANBAJEW

Geehrte Genossen Deputierter! In der Tagesordnung der Tagung gibt es eine Reihe von Fragen, von denen abgewogene Lösung in bedeutendem Maße das Schicksal und die Ausrichtung der demokratischen Umgestaltungen, die Perspektiven der sozialökonomischen und geistigen Entwicklung Kasachstans abhängen. Doch auch unter diesen Fragen wird die Erörterung und Annahme der Deklaration über die staatliche Souveränität der Republik einen besonderen, ich möchte sagen, historischen Platz einnehmen.

Ich möchte gleich betonen, daß am Entwurf der Deklaration ein großes und qualifiziertes Autorenkollektiv gearbeitet hat. Ihre Ideen und Vorschläge haben dazu Rechtswissenschaftler, Fachleute verschiedener Wissensbereiche, viele hauptamtlich wirkende Volksdeputierte, Vertreter praktisch aller Komitees und Kommissionen des Obersten Sowjets sowie die Mitglieder des Präsidialrates beigetragen. Im Prozeß der Arbeit daran wurden auch die Entwürfe und Vorschläge der Republikregierung und einiger Massenorganisationen aufmerksam studiert und berücksichtigt.

Dieses Dokument wurde zweimal ausführlich im Präsidium des Obersten Sowjets und auf der erweiterten Sitzung des Präsidialrates erörtert. Daher gibt es keinen Grund zur Behauptung, daß der Entwurf der Deklaration über die Souveränität angeblich in einem engen Kreis, im stillen, wie es manche Presseorgane und einige Personen bemerkten, vorbereitet wurde.

Wenn sich jemand in den Entwurf einliest, ohne seine Teile oder Abschnitte gesondert zu behandeln, sondern versucht, ihn als Ganzes zu erfassen, wird darin auch all jene Hauptpositionen finden, die Kasachstan als einen selbständigen sozialistischen Staat im System unserer erneuerten Union kennzeichnen.

Der heute zur Erörterung vorgelegte Entwurf kann seiner Bedeutung nach der vom ersten Stiftungskongreß der Kasachischen ASSR angenommenen Deklaration der Rechte der Werktätigen der Republik gleichgestellt werden, in der vor 70 Jahren zum ersten Mal in der Geschichte des kasachischen Volkes die Tatsache der Schaffung seiner nationalen Staatlichkeit verankert wurde.

Wodurch ist heute die Notwendigkeit der Annahme eines so großdimensionalen Aktes hervorgerufen?

Die Kasachische SSR ist, wie auch die anderen Unionsrepubliken, laut Verfassung der UdSSR ein souveräner sozialistischer Staat. Jedoch ein „Staat im Staat“ war sie nur auf dem Papier. Die Wirklichkeit ist so, daß die übermäßige Zentralisierung in allen Bereichen der Lebensstätigkeit der Gesellschaft dazu geführt hat, daß die reelle Souveränität der Kasachischen SSR, wie auch der anderen Unionsrepubliken, nur formell geworden ist. Ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit wurden auf ein Minimum reduziert. Im Lande entstand und wurde auch verfassungsmäßig verankert die schädliche Praxis der detaillierten Reglementierung praktisch aller Fragen der Innen- und Außenpolitik der Republik durch das Zentrum. Ein Beweis dafür kann z. B. die Verankerung der Fragen, die in den Kompetenzbereich der UdSSR gehören, in den 12 Punkten des Artikels 73 der Verfassung der UdSSR von 1977 sein. Diese Aufzählung umfaßt die Wirtschaft, die Außenpolitik, das Finanzsystem, die Nutzung der Bodenschätze und sogar die Festlegung der gemeinsamen Grundsätze der Organisation und Tätigkeit der Machtorgane an der Basis.

Die faktische Umwandlung der UdSSR in einen unitären zentralisierten Staat ersieht man auch im Widerspruch der Verfassungsbehauptung über die Souveränität der Unionsrepubliken und des Artikels des Grundgesetzes des Landes, welcher lautet: „Die UdSSR ist ein einheitlicher multinationaler Bundesstaat, der auf der Grundlage des Prinzips des sozialistischen Föderalismus... gebildet wurde“. In der Weltpraxis gibt es kein Beispiel dafür, daß ein „einheitlicher“ Staat zugleich ein Bundesstaat wäre. Im Artikel 75 wird noch hinzugefügt, daß das Territorium der UdSSR eine Einheit bildet und die Territorien der Unionsrepubliken einschließt und auch daß „die Souveränität der UdSSR sich auf ihr gesamtes Territorium erstreckt“ usw. Dieser und andere Artikel des Grundgesetzes lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß die UdSSR als Staatsgebilde über eine reale Souveränität verfügt, die Souveränität der Unionsrepubliken aber nur proklamiert und nicht durch die Vollmachten bekräftigt wurde, die die Unionsrepubliken wirklich eigentlich selbständig ausüben.

Somit läßt sich feststellen, daß wir anstelle einer Union souveräner Staaten einen „klassischen“

unitären Staat hatten, wo die Vollmachten der ihn bildenden Unionsrepubliken nicht durch die Willensäußerung ihrer Völker, sondern durch die Direktivakte der zentralen Macht- und Leitungsorgane bestimmt waren.

Heute ist die Frage der Notwendigkeit der Schaffung der Föderation eines neuen Typs, des qualitativ neuen Inhalts des Begriffes „Föderation“, seiner Aufklärung mit realem Sinn, der die souveränen Rechte der Unionsrepubliken widerspiegelt und berücksichtigt, zu einem praktischen Bedürfnis geworden. Im Hinblick darauf müssen wir die objektive, juristisch begründete und verantwortungsvolle Haltung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR zum Inhalt der Souveränität der Republik, zu den Prinzipien der Abgrenzung der Vollmachten der Union der souveränen Staaten und der Kasachischen SSR als eines souveränen Staates im Bestand der erneuerten Union darlegen.

Im allgemeinen demokratischen, völkerrechtlichen Sinn bedeutet der Begriff der Souveränität ein unveräußerliches Recht eines Volkes, einer Nation auf ihr Territorium und ihre Umwelt, auf Muttersprache, Kultur und Traditionen, auf Selbstbestimmung und die freiwillige Wahl der entsprechenden Form der Staatlichkeit, auf die Vertretung seiner Interessen im System der Staatsorgane usw. Gerade solche eine Auffassung ist dem Entwurf der Deklaration über die staatliche Souveränität der Kasachischen SSR zugrundegelegt.

Was sind nun die Kernpunkte des Deklarationsentwurfs, die seinen Inhalt bestimmen? Vor allem sind das unserer Meinung nach die Bestimmungen, die den Träger der Souveränität der Kasachischen SSR und die Beziehungen der Republik zu der Union und den anderen Staatsgebilden festlegen, aus denen sie besteht.

Als der einzige Träger der Souveränität und die Quelle der Staatsmacht in Kasachstan wird das Volk anerkannt, das die Staats- und die Machtvollkommenheit aufgrund der Verfassung der Republik sowohl unmittelbar als auch durch Vertretungsorgane ausübt. Somit werden der wahrhaft demokratische volkstümliche Charakter der bei uns funktionierenden Macht unterstrichen und die Formen ihrer Realisierung umrissen.

„Die Kasachische SSR“, heißt es im Deklarationsentwurf, „vereinigt sich mit den anderen souveränen Unionsrepubliken zu einer Uni-

on auf der Grundlage eines Vertrags“. Folglich werden die Beziehungen zwischen der Union und der Republik auf einem Vertrag aufgebaut, ausgehend von der Souveränität Kasachstans. Durch Vertretung auf mit anderen Unionsrepubliken gleichen Grundlagen in den Macht- und Verwaltungsorganen der Union sowie durch bevollmächtigte Vertretungen, die in anderen Unionsrepubliken gebildet werden, bekommt Kasachstan die Möglichkeit, sich an der Lösung der Unionsfragen zu beteiligen und seine Interessen vor anderen Unionsrepubliken zu behaupten. Dadurch wird das Bestreben unterstrichen, einen wahrhaft souveränen Unionsstaat zu bilden, seine Existenz zu sichern und keinen Zerfall zuzulassen. Wir benötigen also einen ökonomisch und politisch starken Verband der auf ihrer Souveränität basierenden Unionsrepubliken. Und den Unionsrepubliken muß es vorteilhaft sein, darin zu bleiben.

Gemäß dem Entwurf besitzt die Staatsmacht der Kasachischen SSR Oberhoheit, Selbständigkeit und Machtvollkommenheit innerhalb der Republik wie auch in Außenbeziehungen, was ihr ermöglichen wird, eine unabhängige Innen- und Außenpolitik durchzuführen, sich von der übermäßigen Machtzentralisierung zu befreien, dem Ressortmonopolismus ein Ende zu setzen und Bedingungen für die Hebung des Wohlstandes des Volkes Kasachstans zu schaffen.

Dabei wird die Souveränität der Republik durch wirksame Rechtsgarantien abgesichert. So werden beliebige Gewaltaktionen gegen die Staatlichkeit der Kasachischen SSR, von wem immer ausgehen mögen (selen es politische Parteien, gesellschaftliche Organisationen, Massenvereinigungen, and ere Gruppierungen oder Einzelpersonen), gesetzlich geahndet.

Die Kasachische SSR löst selbständig alle Fragen, die mit dem politischen, ökonomischen, sozialen und nationalkulturellen Aufbau der Republik sowie mit ihrer administrativterritorialen Einrichtung verbunden sind, bestimmt die Struktur und die Kompetenz der Staatsmacht- und Verwaltungsorgane sowie die Symbole der Republik (Art. 3).

Die Kasachische SSR hat das Recht, die Gültigkeit der Gesetze und anderer Akten der höchsten Unionsorgane, die die Rechte und die Verfassung der Republik verletzen, auf ihrem Territorium auszusetzen (Art. 5). Das Territo-

rium der Republik wird als in den bestehenden Grenzen unantastbar und unveräußerlich erklärt und kann nicht verändert und ohne ihre Zustimmung genutzt werden.

Das Vorhandensein dieser Garantien ist von außerordentlicher Bedeutung. Denn die mangelhafte rechtliche Sicherstellung der Unverrückbarkeit der souveränen Rechte der Republik ist zu einer der Hauptursachen für die Gespanntheit der Beziehungen zwischen ihnen und dem Zentrum einerseits, und zwischen den Unionsrepubliken selbst andererseits geworden.

Die wichtigsten Thesen im Deklarationsentwurf sind diejenige, die der Schaffung eines demokratischen Rechtsstaates gewidmet sind. Vor allem wird die Treue zu solch einem unabdingbaren Prinzip der rechtlichen Staatlichkeit wie die Einteilung der Macht in gesetzgebende, exekutive und rechtsprechende verkündet (Art. 3).

Es wird betont, daß das Recht im Namen des ganzen Volkes der Republik aufzutreten, nur ihrem Obersten Sowjet — dem höchsten Organ der Volksvertretung — gewährt wird, der auf Grund demokratischer Wahlnormen formiert wird und die höchsten gesetzgebenden und Kontrollfunktionen ausübt.

Hervorgehoben wird das Bestreben, die Rechte und Freiheiten der Persönlichkeit zu schützen, entschieden und unwiderruflich auf die der vorhergehenden Gesetzgebung eigene Einstellung zu ihnen als zu einer Art „Geschenk“ des Staates zu verzichten. Die Republik hat eine eigene Staatsbürgerschaft und garantiert jedem das Recht auf die Erhaltung der Unionsstaatsbürgerschaft. Diese auf den ersten Blick offensichtliche These wird nicht von ungefähr in die Reihe der wichtigsten gerückt.

Schließlich wird im Entwurf die Oberhoheit der Verfassung und der Gesetze der Kasachischen SSR auf dem gesamten Republikterritorium behauptet, die durch alle Staatsorgane, Betriebe, Institutionen und Organisationen, unabhängig von ihrem Unterstellungsverhältnis, sowie von allen Bürgern und Staatenlosen eingehalten und befolgt werden müssen. Dabei hat diese Oberhoheit keinen absoluten Charakter und ist nur dort gültig, wo die Republik souverän ist. Dort jedoch, wo ihre Vollmachten gemäß dem guten Willen der Kasachischen SSR an die Union delegiert sind, gehört die Oberhoheit dem Unionsgesetz.

Solch eine Regelung unterscheidet sich wesentlich von den Herangehensweisen, die den Deklarationen über die Souveränität einer Reihe anderer Unionsrepubliken (z. B. der RSFSR) zugrunde gelegt wurden.

Die Unions- und die Republikgesetze besitzen gleiche oberste Rechtskraft. Folglich sind die Grenzen ihrer rechtlichen Regelung nach dem einzigen Merkmal zu bestimmen — danach nämlich, wie die Kompetenz zwischen Union und Republik verteilt ist. Widrigenfalls kann sogar die Gefahr von Rechtskonflikten zwischen den Unionsrepubliken entstehen, denn die unterschiedlichen Gesetzgebungen werden oft nicht übereinstimmen und es kommen dann im Endergebnis Gesetze in ihrer „Kalugaer“ und „Kaserner“ Variante zustande, vor denen W. I. Lenin ins gewahrt hat. Eine reale Souveränität ist undenkbar ohne eine richtige wirtschaftliche Selbständigkeit. Um sie zu erlangen, ist es vor allem notwendig, die Frage des Eigentums der Republik an Boden und ihren Bodenschätzen, an Gewässern und anderen Ressourcen zu lösen.

Die Umgestaltungsprozesse konnten diesbezüglich die traditionelle Rechtskonzeption nicht unberührt lassen. Bekanntlich sah sie als das einzige Subjekt dieses Eigentums den Staat vor und schuf damit die absurde These, der gemäß die Naturressourcen sozusagen „gemeinsam“ wären, zugleich aber auch niemandem gehörten. Eine neue Gesetzgebung über das Eigentum in der UdSSR verabschiedend, unterstrich der Oberste Sowjet des Landes, daß „der Boden und seine Bodenschätze, die Gewässer, das Pflanzen- und Tierreich unveräußerliches Eigentum der auf diesem Territorium lebenden Völker sind“. Aber auch dies vermochte nicht, alle Probleme zu lösen, denn ein bedeutender Teil der Entpersönlichung des Eigentumsobjekts blieb nach wie vor bestehen. Angesichts dessen schlugen die Verfasser des Deklarationsentwurfs im Artikel 6 eine entschiedene und exakte Formulierung vor, daß der Boden und seine Schätze, die Gewässer, der Luftraum, das Pflanzen- und Tierreich, andere Naturressourcen Eigentum der Republik sind. Denn, wenn wir heute von einer wahren Souveränität sprechen, dürfen wir nicht vergessen, daß sie neben anderem auch vom Eigentumsrecht des Staates auf seine Naturressourcen abgesichert wird, d. h. vom Recht, das zu besitzen und darüber zu verfügen,

was die wichtigste materielle Basis für die Entwicklung der Volkswirtschaft und des sozialen Bereichs darstellt.

Im Deklarationsentwurf heißt es u. a., daß zum Eigentum der Republik auch die kulturellen und historischen Werte des Volkes, das gesamte ökonomische, wissenschaftlich-technische und geistige Potential, alle auf dem Territorium der Kasachischen SSR befindlichen nationalen Reichtümer gehören.

In der Republik wird der Pluralismus der Eigentumsformen gewährleistet, werden ihre Gleichheit und ihr Schutz vor beliebigen Anschlägen garantiert.

Eine wahre wirtschaftliche Souveränität ist unmöglich ohne Vorhandensein und gutes Funktionieren des Finanz- und Kreditsystems der Republik, der Realisierungsgorgane der Haushalts- und Steuerpolitik des Staates. Dies ist auch berücksichtigt und in dem zu erörternden Dokument auf entsprechende Weise widerspiegelt. Bei der Erarbeitung dieses Abschnitts haben wir zugleich zum Unterschied von einigen Unionsrepubliken, von der Einführung einer eigenen Geldeinheit und der Schaffung eines eigenen Währungssystems abgesehen. Wir meinen, dazu verpflichtet uns weder die bestehenden sozialökonomischen Realitäten, noch der jetzige, lange nicht der beste finanzielle Zustand des Landes, noch die potentiellen Möglichkeiten der Einführung einer solchen Maßnahme.

Um die Ökonomik Kasachstans gegen unkontrollierte und ungesetzmäßige außenwirtschaftliche Geschäftsoperationen zu schützen, wird auf dem Territorium der Kasachischen SSR der Unions- und Republikzollendienst (und nicht einzig der Republikzollendienst wie z. B. in Belorussland) funktionieren.

Letzten Endes bekommt die Republik zu ihrer Verfügung ziemlich breite und wirksame Möglichkeiten für die Durchführung einer selbständigen und effektiven Wirtschaftspolitik.

Das Recht auf die Existenz des Unionsgelentums anerkennend, sind wir gleichzeitig verpflichtet, die Fragen der Einschränkung der Allmacht der Unionsbehörden zu lösen. Die Vollmachten und Handlungen der Unionsorgane bei der Leitung der dem Territorium der Republik befindlichen Objekte und

(Schluß S. 3)

Zur Beachtung!

Alle Aktivisten des Deutschen Kulturzentrums Alma-Ata werden am Freitag, den 19. Oktober um 17. Uhr in die Redaktion „Freundschaft“ (Gorkistraße 50, 4. Etage) zu einer Sitzung eingeladen.

Es werden Fragen zur Vorbereitung des Unionsfestivals der deutschen Kultur und Kunst in Alma-Ata erörtert.

Vorstand des Deutschen Kulturzentrums Alma-Ata

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Für die künftige Ernte sorgen bereits in diesen Herbsttagen die Mechanisatoren des Sowchos „Alexandrowski“ im Gebiet Nordkasachstan. Hohe Leistungen erzielen dabei die Mechanisatoren der Feldbaubrigade von Nikolaus Dehring. Auf den Feldern dieser Brigade sind täglich bis 15 Traktoren mit Pflügen im Einsatz. Das Kollektiv setzt sich das Ziel, sämtliche 14 000 Hektar Anbaufläche in einigen Tagen umzupflügen.

Rund 9 000 Tonnen Getreide wollen die Feldbauern des Sowchos „Prirestschenski“ im Gebiet Kokschetaw in diesem Jahr an den Staat verkaufen. Somit sollen die Planaufgaben der Getreidelieferungen nahezu um 4 000 Tonnen übererfüllt werden. Gegenwärtig werden hier bis 25 Dezitonnen Getreide je Hektar geerntet. Erfolgreich haben auch die Kartoffelbauer ihre Planaufgaben bewältigt.

Michail Gorbatschow — Friedensnobelpreisträger

Der UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow bewertete die Verleihung des Friedensnobelpreises 1990 an ihn als „Ein großes Ereignis“ nicht nur für ihn persönlich. „Sie zeuge von der Würdigung der Politik der Sowjetunion, von der Unterstützung der Umgestaltung und, was besonders wichtig ist, zu einem Schlüsselmoment ihrer Entwicklung“, sagte der Präsident in einem Gespräch mit dem norwegischen Botschafter Daglinn Stenseth, Michail Gorbatschow, der die Fragen von Vertretern der vier größten Fernsehgesellschaften der Welt beantwortete, sagte, daß er diese Aktion als „Anerkennung der außerordentlich großen Bedeutung für die ganze Welt des großen Werkes betrachtet, für das wir unsere Perestrojka halten“.

In Beantwortung von Journalistenfragen brachte Michail Gorbatschow die Meinung zum Ausdruck, daß die Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn die Situation innerhalb des Landes in „emotionaler und intellektueller Hinsicht“ beeinflussen wird. Der Korrespondent des Sowjetischen Fernsehens stellte fest, daß Michail Gorbatschow der erste kommunistische und der erste osteuropäische Politiker an der Macht sei, der den Nobelfriedenspreis bekommen hat. Bisher haben

ihn osteuropäische Politiker bekommen, die sich in Opposition befanden, etwa Lech Valesa oder Andrej Sacharow. Auf die Frage, wie er sich in deren Gesellschaft der Preisträger fühle, sagte der Präsident, daß er sich normal fühle, weil die Verleihung des hervorragenden Preises zeitlich damit zusammenfällt, was wir als ein „anderes Europa“, eine „Andere Sowjetunion“ und eine „Andere Welt“ bezeichnen dieses Ereignis ist deshalb im Kontext der heutigen realen Welt zu betrachten. Die Rede ist von den Veränderungen, die in gesamtgesellschaftlicher Hinsicht stattfinden, darüber, was die Menschen in ihrem Streben zur Festigung des Friedens und der Zusammenarbeit vereinigt. Was aber besonders wichtig ist, ist die Tatsache, daß die Veränderungen fortgesetzt werden müssen, daß die negativen Tendenzen verworfen und die positiven unterstützt werden, daß Eintracht und Konsolidierung gefestigt werden müssen.“ Abschließend betonte Michail Gorbatschow: „Wir werden unseren Weg fortsetzen. An diesem Tag empfinde ich noch stärker die Verantwortung dafür, daß die Perestrojka innerhalb des Landes von Erfolg gekrönt wird.“

(TASS)

ABONNIERT

DIE „FREUNDSCHAFT“!

Es ist noch nicht zu spät! IHR THEMENKREIS: Gesellschaftlich-politische Ereignisse im In- und Ausland, Probleme der grundsätzlichen Umgestaltung unseres Landes, Fragen der Kultur und Geschichte, Sitten und Bräuche der Sowjetdeutschen, Leserbriefe, Literatur, Volkslieder, Humor und Satire, Tätigkeit der Unionsgesellschaft der Deutschen der Sowjetunion „Wiedergeburt“.

Die aktuellsten Beiträge zu den Problemen unseres Volkes werden in der wöchentlichen russischen Beilage erscheinen.

ABONNIERT UNSERE ZEITUNG!

Bestellungen, darunter auch kollektive, werden in allen Abteilungen der „Sojuzpetschal“ auf dem ganzen Territorium der Sowjetunion entgegengenommen. Index der „Freundschaft“ im Pressekalender der Kasachischen SSR — 654143. Bezugspreis für ein Jahr — 12,50 Rubel.

ЛИНИЯ ОТРЕЗА

Ф. СП-1

Министерство связи СССР

„Союзпечать“

АБОНЕМЕНТ на газету 654143

„Фройндшафт“

на 1991 год по месяцам:

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

Куда (почтовый индекс) (адрес)

Кому (фамилия, инициалы)

ДОСТАВОЧНАЯ КАРТОЧКА

на газету 654143

„Фройндшафт“

на 1991 год по месяцам:

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

Куда (почтовый индекс) (адрес)

Кому (фамилия, инициалы)

Bericht

J. M. Assanbajews

(Schluß)

Systeme müssen auf vertragsmäßiger Grundlage erfolgen.

Das bedeutet aber mitnichten die Rechtlosigkeit der verschiedenen Behörden, Organisationen und Ausländer, die sich auf dem Territorium der Republik befinden und hier tätig sind.

In dem heute zu erörternden Entwurf wird das verbriefte Recht der Republik auf Selbständigkeit bei der Regelung der Fragen der Wissenschaft und Bildung, der kulturellen und geistigen Entwicklung des Volkes begründet.

Das kommt vor allem dadurch zum Ausdruck, daß die Republik das Recht des kasachischen Volkes auf die Wiedergeburt seiner national-kulturellen Eigenart, Sprache, seines geschichtlichen Bewußtseins und seiner Umwelt garantiert.

In gleichem Maße muß es zum allgemeinen Anliegen der Republik werden, die nötigen Bedingungen für eine allseitige national-kulturelle Entwicklung der Vertreter aller anderen in Kasachistan lebenden Völker zu gewährleisten.

Diese prinzipielle Haltung fand ihre Verankerung im Artikel 8 des Entwurfs: „Gleiche politische, ökonomische, ethnische, kulturelle Rechte und die Entwicklung der Muttersprache werden allen Nationen und Völkern gewährleistet, die in der Kasachischen SSR außerhalb ihrer national-territorialen Gebilde leben oder auf dem Territorium der Union keine solchen besitzen.“

Zu einem der brennenden Probleme ist für Kasachstan das Problem der Erhaltung der ökologischen Umwelt, der rationalen Nutzung der natürlichen Ressourcen geworden.

Die ökologische Krise in der Republik, die unvermeidlich eine wesentliche Verlangsamung des Tempos der sozialökonomischen Entwicklung nach sich zieht, die Erhöhung der Erkrankungshäufigkeit der Menschen, die Verstärkung der sozialen Spannung und vieles andere mehr, sind leider nur die realsten, realsten Ursachen, Fehler und Unterlassungen in der Tätigkeit der Unions- und Republikministerien und Behörden wie auch infolge ihres betont monopolistischen und verschwenklichen Vorgehens bei der Nutzung und dem Schutz der Naturschätze; infolge der Knappheit der Haushaltszuwendungen für die Lösung der ökologischen Probleme entstanden sind.

Eines ist klar: Der stark zentralisierte und rangordnungsmäßig unterstellte Staat, der sich auf dem Gipfel des administrativen Kommandosystems befindet, hat sich als unfähig erwiesen, eine wohlüberlegte, flexible und wirksame Naturschutzpolitik durchzuführen. Eben daher erklärt der Deklarationsentwurf eindeutig, daß die Kasachische SSR selbst die Ordnung und die Gestaltung des ökologischen Umweltschutzes der Republik und die Nutzung ihrer Naturschätze bestimmt.

Es werden auch bestimmte Maßnahmen zum Schutz und zur Unterhaltung der Ökologie Kasachstans in normalem Zustand vorgesehen. Darunter sind das Recht der Republik, bei Entstehung einer Gefahr für die ökologische Umwelt den Bau auf seinem Territorium von Betrieben, Institutionen, Organisationen und anderen Objekten, unabhängig von ihrer Unterstellung, zu verbieten, oder ihr Funktionieren einzustellen; das Verbot der Produktion, Aufbewahrung und der Tests von Kernwaffen. In derselben Reihe steht auch das Recht der Kasachischen SSR auf Ersatz des Schadens, den die Unionsorgane, Unionsrepubliken und andere Staaten der Umwelt der Republik durch ihre Handlungen zugefügt haben, desgleichen durch die Tätigkeit von Kernwaffenanlagen und anderen Objekten des Kernwaffenkomplexes auf ihrem Territorium.

Eine andere komplizierte Frage der gegenwärtigen Realität ist der Status der Streitkräfte. Es sei gleich vorweggenommen, daß die Positionen der Kasachischen SSR und einiger anderer Republiken sich auch hier unterscheiden. Der Entwurf der Deklaration über die staatliche Unabhängigkeit Armeniens enthält beispielsweise die Möglichkeit, eigene Streitkräfte zu haben. Wir dagegen schätzen die Situation real ein und sind der Ansicht, daß die Formulierung und Leitung der Streitkräfte auf einheitlichen Unionsprinzipien erfolgen muß.

Das bedeutet aber keinesfalls, daß alle Fragen der Militärpolitik gelöst sind und den Interessen der Republik entsprechen. Angesichts der grundlegenden Wandlungen in der Welt und der neuen Orientierungspunkte unserer Außenpolitik muß selbstverständlich eine Militärreform durchgeführt werden, die unter anderem auch die Frage des Wehrdienstprinzips zu entscheiden hat — ob er nationalterritorial oder extraterritorial, also gesamtstaatlich sein wird.

Einige Unionsrepubliken, zum Beispiel die Ukraine, haben beschlossen, daß sie die Ablei-

stung des Wehrdienstes selbständig regeln werden. Im Unterschied zu ihnen sind wir der Ansicht, daß die Republik als souveräner Staat die Ordnung und die Bedingungen des Ableistens des Wehrdienstes, des Dienstes in den Organen der Staats- und der gesellschaftlichen Sicherheit ihrer Bürger sowie die Fragen der Stationierung der Truppen und Waffen auf ihrem Territorium auf Vereinbarung mit der Unionsregierung festlegen muß. Die letztere These ist besonders aktuell, wenn man berücksichtigt, daß mehr als 18 Millionen Hektar der Flächen Kasachstans dem Verteidigungsministerium der UdSSR voll und ganz zur Verfügung stehen. Die Frage ihrer Nutzung wurde von einer speziellen Deputiertenkommission erforscht, die, wie Sie wissen, auf unserer ersten Tagung gebildet worden war.

Im Deklarationsentwurf ist ferner die Rede davon, daß ohne Zustimmung des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR auf ihrem Territorium keine Truppenverbände, Militärlager und -anlagen anderer Staaten stationiert werden dürfen.

Darüber hinaus fanden es die Verfasser des zu erörternden Entwurfs für notwendig, unter einem neuen Blickwinkel die Abgrenzung der Machtbefugnisse der Union und der Republik in solch einer wichtigen Frage wie die Gewährleistung der gesellschaftlichen Sicherheit zu betrachten. Als souveräner Staat, der nach einem normalen friedlichen Leben für seine Bürger strebt, behält sich das Recht, eigene innere Truppen sowie Organe der Staats- und gesellschaftlichen Sicherheit zu besitzen, die dem Obersten Sowjet der Republik und ihrem Präsidenten unterordnet sind.

Ein Staat, der über keine vollwertige Völkerrechtssubjektivität besitzt, kann nicht als souveräner Staat gelten. Deshalb sieht der Deklarationsentwurf Selbständigkeit der Kasachischen SSR in den internationalen Beziehungen vor, darüber hinaus die Möglichkeit der Republik, ihre Außenpolitik selbständig und gemäß ihrer Interessen zu gestalten, diplomatische und konsularische Vertretungen auszuweisen, an der Tätigkeit internationaler Organisationen teilzunehmen sowie auf der Grundlage gegenseitig vorteilhafter Verträge und der Wahrung der Prinzipien der Gleichberechtigung ihre ökonomischen und Handelsbeziehungen mit dem Ausland zu pflegen.

Besonders möchte ich die Rechtsbefugnisse Kasachstans hervorheben, die Fragen der außenwirtschaftlichen Tätigkeit selbstständig zu lösen. Die Festlegung dieser Befugnisse wurde durch die heutige, offensichtlich anomale Situation hervorgerufen, bei der die Union den Export praktischer aller Rohstoffe und Erzeugnisse aller Art in Kasachstan produziert werden wodurch die Republik in die erniedrigende Lage eines Bittstellers gebracht wird. Die Proklamierung der Souveränität der Kasachischen SSR auf diesem Gebiet ist berufen, einen eigenen Beitrag zur Dezentralisierung und Vereinfachung des Prozesses der außenwirtschaftlichen Tätigkeit, zum Übergang von der Verbots- und Gestattungsmethode zur unmittelbaren Unterstützung der Unionsrepubliken bei einer optimalen Organisation ihrer Export- und Importgeschäfte auf Unionsniveau zu leisten.

Indem wir ihnen den Deklarationsentwurf über die staatliche Souveränität der Kasachischen SSR vorlegen, gingen wir davon aus, daß die Erweiterung der souveränen Rechte der Republik in allen Bereichen der Lebensaktivität der Gesellschaft nur dem einen Ziel unterordnet sein muß — der Gewährleistung einer vollwertigen politischen, sozialen, kulturellen und geistigen Entwicklung des Volkes Kasachstans, der Schaffung würdiger Lebensbedingungen für die Bürger der Republik. Daher ist es auch verständlich, daß wir es für nötig fanden, uns darüber mit dem ganzen Volk zu beraten und seine Meinungen und Wünsche bezüglich dieses Dokumentes zu erfahren.

Die breite Erörterung des Deklarationsentwurfes durch das Volk, an der eine Riesenzahl von Vertretern praktisch aller sozialen Schichten, Menschen verschiedener nationaler Zugehörigkeit, verschiedener Berufe und Altersstufen teilnahmen, brachte viele sachliche, konkrete und konstruktive Vorschläge, Korrekturen und Bemerkungen ein. Einige davon wurden von der Arbeitsgruppe schon berücksichtigt und fanden ihren Niederschlag im Entwurfstext. Andere werden zur Zeit studiert; auch sie sollen selbstverständlich berücksichtigt werden. Aber es läßt sich schon jetzt sagen: Das zur Erörterung unterbreitete Dokument wird im allgemeinen gebilligt. Zugleich gab es auch Veröffentlichungen und Erklärungen, in denen dieser oder jener Artikel kritisiert wurde oder die Notwendigkeit der Annahme dieser Deklaration überhaupt angezweifelt wurde. Doch ich habe nochmals hervorzuheben, daß die Ausrichtung und die Gesamtergebnisse der Erörterung bestimmt sind.

Die Deklaration über die staatliche Souveränität der Kasachischen SSR könnte nach ihrer Annahme als Grundlage für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung der Republik und für die Vorbereitung des Entwurfes eines neuen Unionsvertrages dienen. Eben darin liegt ihre große Bedeutung.



PANORAMA

Priorität des Völkerrechts

Das abschließende Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts müsse zu einer Zeit des Mitschaffens und der Mitentwicklung von Staaten und der Erlangung eines Konsens in zentralen Problemen der Gegenwart, zu einem Jahrzehnt der Rechtsordnung und der gemeinsamen Sicherung ihrer Stabilität werden, erklärte der stellvertretende Leiter der sowjetischen Delegation und stellvertretende Außenminister der UdSSR Wladimir Petrowski vor dem 6. Ausschub der 45. Tagung der UNO-Vollversammlung (Rechtsfragen).

Die Ereignisse des letzten Jahres, die den kalten Krieg endgültig begraben und unter dem Zweiten Weltkrieg einen Schlüssel gezogen haben, hätten überzeugend vor Augen geführt, daß das neue politische Denken — diese Grundlage der Grundlagen aller außenpolitischen Initiativen und Aktionen der Sowjetunion im Zeitalter der Perestrojka — zu einem festen Bestandteil der internationalen Politik geworden ist.

Das Geschehen am Persischen Golf sei eine ernste Warnung an die Zivilisation, fuhr Petrowski fort. Zugleich sei dies ein Sicherheitsfaktor des neuen politischen Denkens. Man brauche sich nur vorzustellen, was gewesen wäre, wenn dies unter Bedingungen des kalten Krieges und der Konfrontationslogik geschehen wäre. Somit sei die Golfkrise zu einer Art Wasserscheide in der neuesten Geschichte der Menschheit geworden: Die Aggression, die noch gestern potentiell fähig war, die Welt in gegenüberstehende, ideologisch orientierte Lager zu spalten und sie an den Rand eines neuen Weltkrieges zu bringen, habe heute die Menschheit durch Treue zu Völkerricht, Zielen und Prinzipien der UNO nur noch stärker zusammengeschlossen.

Im Namen der sowjetischen Delegation brachte Wladimir Petrowski den Vorschlag ein, ein UNO-Kontrollorgan zu bilden, das die Erfüllung der Abkommen über die Senkung der internationalen Spannungen, die Begrenzung der Rüstungen und die militärpolitische Situation in Konfliktgebieten überwachen würde. Ein solcher Mechanismus, dem kosmische Kontrollmittel zur Verfügung stehen, könnte als ein Hilfsorgan des Sicherheitsrates gebildet werden. Es müßte mit dem Recht ausgestattet werden, Inspektionen vor Ort durchzuführen. Die Gutachten dieses Organs könnten den Hauptorganen der UNO zugeleitet werden. In bestimmten Fällen könnte das internationale Gericht von seinen Schlußfolgerungen Gebrauch machen, dessen Bedeutung als einer Schlüsselkomponente in der Strategie einer friedlichen

Lösung von Streitfällen rapide gehoben werden soll. Offenheit und internationale Kontrolle seien die Stützen der heute entstehenden neuen Konstruktionen des Friedens, fuhr der sowjetische Diplomat fort. Zugleich — und das hätten die jüngsten Ereignisse gezeigt — müsse die UNO, um effektiv bei der Aufrechterhaltung des Friedens zu sein, auch Mittel zur Unterdrückung einer Aggression besitzen. Unter Berücksichtigung dessen, daß das Militärstabskomitee der UNO in ein wirksames Organ der Zusammenarbeit verwandelt werden soll, habe die Sowjetunion vorgeschlagen, eine Sitzung dieses Organs auf der Ebene der Generalsekretärs der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates durchzuführen, was direkt in der UNO-Charta vorgesehen ist, und den gesamten Komplex von Organisationsfragen der Bekämpfung von Aggressionsakten zu erörtern.

Auf der vorigen Tagung der UNO-Vollversammlung habe die Weltgemeinschaft die 90er Jahre zu einem Jahrzehnt des Völkerrichts verkündet. In diesem Jahrzehnt müsse die Organisation der Vereinten Nationen ihren ihr gebührenden zentralen Platz als eine Art Universität der Zusammenarbeit, als ein einzigartig gleichberechtigter Mechanismus von postkonfrontativen Handlungen einnehmen.

Man kann wohl zu Recht behaupten, daß einer der populärsten Politiker Deutschlands heute der Kanzler Helmut Kohl ist. Er wird hier als der Mann bezeichnet, der den Weg zur „deutschen Einheit“ gebahnt hat, die, nach seinen eigenen Worten, „im Einvernehmen mit allen unseren Freunden, Verbündeten, Nachbarn, mit allen Europäern ins Leben umgesetzt wird. Zum erstenmal in der Geschichte der Gegenwart vollzieht sich die Vereinigung eines Landes ohne Krieg, ohne Leid und Konflikte.“

„Die Vergangenheit wird sich nicht wiederholen“, erklärte er. „Deutschland, das seine Zukunft in Europa sieht, wird ein friedlicher Staat sein. Eine besondere Bedeutung wird es den Beziehungen mit der Sowjetunion beimessen.“

Unser Bild: Helmut Kohl und seine Gattin Hannelore in ihrer Freizeit. Foto: TASS



Man kann wohl zu Recht behaupten, daß einer der populärsten Politiker Deutschlands heute der Kanzler Helmut Kohl ist. Er wird hier als der Mann bezeichnet, der den Weg zur „deutschen Einheit“ gebahnt hat, die, nach seinen eigenen Worten, „im Einvernehmen mit allen unseren Freunden, Verbündeten, Nachbarn, mit allen Europäern ins Leben umgesetzt wird. Zum erstenmal in der Geschichte der Gegenwart vollzieht sich die Vereinigung eines Landes ohne Krieg, ohne Leid und Konflikte.“

Über Haltung Tel Avivs enttäuscht

Israel hat noch keine Bereitschaft erkennen lassen, eine Mission der Vereinten Nationen zur Untersuchung der blutigen Vorfälle in der Ostjerusalem Altstadt vor einer Woche zuzulassen. Ministerpräsident Yitzhak Shamir bekräftigte vor dem Parlament, eine solche Mission würde die Souveränität Israels über Jerusalem untergraben. Er bedauerte zwar, daß bei den Ereignissen am Tempelberg Menschen ums Leben kamen, bezeichnete aber das Vorgehen der israelischen Sicherheitskräfte als Reaktion auf kriminelle Palästinenser, die Steine auf Juden geworfen hätten, die an der Klammarmauer beteten.

Jüdische und palästinensische Ärzte sagten dagegen nach Angabe des israelischen Rundfunks vor einer von Shamir eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Vorfälle, die Polizei habe wahllos auf Menschen und sogar auf Krankentransporte geschossen.

Der Führer der Arbeiterpartei, Shimon Peres, warf Shamir im Parlament vor, das Ansehen Israels bei den USA und in der Weltöffentlichkeit geschädigt zu haben. Dem israelischen Rundfunk zufolge will die Partei in der kommenden Woche einen Mistratensantrag gegen das Kabinett im Parlament einbringen.

US-Präsident George Bush bekräftigte das Festhalten seines Landes an der Verwirklichung der Resolution 672 des UNO-Sicherheitsrates. Außenminister James Baker hat Tel Aviv gedrängt, die UNO-Delegation zu zulassen. Laut israelischen Pres-

seberichten hat Baker bei anhaltender Weigerung Israels mit noch härteren Maßnahmen gedroht.

Die Sprecherin des amerikanischen Außenministeriums, Margaret Tutwiler, unterstrich die Enttäuschung der USA über das Verhalten Tel Avivs. Sie bezeichnete die Weigerung Israels als eine verpasste Chance, seinen Standpunkt darzustellen.

Als schweren Fehler kennzeichnete der französische Außenminister Roland Dumas die Haltung Israels nach der Verurteilung durch den UNO-Sicherheitsrat.

Israel hat indessen klagemacht, daß es am Ausbau Gesamtjerusalems als Hauptstadt festhalten will. Der Kabinettsausschuß für Einwanderung hatte Pläne bekanntgegeben, wonach im kommenden Jahr in acht Stadtteilen Jerusalems 5 000 Wohnungen gebaut werden sollten. Sechs der acht Stadtteile liegen im arabischen Ostjerusalem, das Israel 1967 annektiert hatte. 50 bekannte palästinensische Persönlichkeiten haben Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand laut AFP in einem Brief aufgerufen, Truppen in die von Israel besetzten Gebiete im Gazastreifen und im Westjordangebiet zu entsenden, um das „palästinensische Volk zu schützen“. Paris komme wegen seines Ansehens in der Völkergemeinschaft eine besondere Rolle bei der friedlichen Lösung des Palästina-Problems zu, heißt es weiter in dem Schreiben.

Das Ende einer Legende

Leonard Bernsteins Tod, obgleich angekündigt durch seinen von schwerer Krankheit erzwungenen Abtritt vom Dirigentenposten vor einer Woche, hat so kurz nach seiner Entscheidung Millionen seiner Verehrer in aller Welt schmerzlich überrascht. Als die Nachricht aus Manhattan kam, daß ein rasch voranschreitendes Lungenleiden dem Leben des 72-jährigen ein Ende gesetzt hat, änderte damit eine Legende.

Dieser Mann hatte seit fast 50 Jahren das Musikleben der USA auf unverwechsellbare Weise mitgeprägt. Seit er am 14. November 1943 als 25-jähriger für den erkrankten Bruno Walter eingespungen war, um ein Rundfunkkonzert der New Yorker Philharmoniker zu dirigieren, begann ein bemerkenswerter Aufstieg am Musikhimmel Amerikas und bald der ganzen Welt.

Bernstein hat als Dirigent, Komponist und unvergleichlicher Lehrer Ruhm erworben. Er schuf Theater- und Filmmusiken, Kammerwerke und Sinfonien, Ballettmusik und sogar eine Messe. Nicht nur die Melodien seiner „West Side Story“ gingen um die Welt. Die letzten Noten zu diesem Musical hatte er 1957 aufs Papier gebracht, damals schon Ko-Direktor der New Yorker Philharmonie und bald darauf ihr erster in Amerika geborener Chef.

Sein Vater Sam, ein russisch-jüdischer Einwanderer, hatte es

übrigens lieber gesehen, wenn „Lenny“ in das Geschäft mit Schönheitsmitteln eingetreten wäre. Tante Clara, die ein Klavier in die Familie gebracht hatte, sorgte wahrscheinlich damit dafür, daß alles ganz anders kam. Leistung und Talent und sein Stil, Musik zum Erlebnis werden zu lassen, werden Lenny Bernstein unvergessen machen. Er war ein Mann, der die Ansicht vertrat und verteidigte, daß ein Dirigent auch ein Schauspieler zu sein hat. Körper und Gesicht hätten dem Orchester zu bedeuten, was ein Werk mit einer bestimmten Passage sagen wolle. Dabei müsse der Mann am Pult, wenn die Musik tragisch ist, nicht unbedingt wie Barrymore in „Hamlet“ agieren, meinte Bernstein. Ihn störte es offensichtlich nicht, daß er bei gar zu heftigen Bewegungen, bei Sprüngen und Drehungen vor dem Orchester auch einmal zu Fall kam.

Bernstein hat am 19. August dieses Jahres im berühmten Sommercamp von Tanglewood (Massachusetts) das letzte Mal öffentlich dirigiert. Er gab dort, wie seit Jahren, auch Erfahrungen an jüngere Kollegen weiter, lehrte Meisterklassen und zählte auch manchen Komponisten aus der ehemaligen DDR zu seinen Schülern, als das Reisen über den großen Teich noch längst nicht an der Regel war.

Manchen konservativen Politikern in den USA war Bernstein zu Zeiten eine unliebsame Pro-

Erster Konkurs einer rumänischen Großfirma



In Italien fand ein ungewöhnlicher Wettbewerb um den Titel „Miß Dickchen“ statt, aus dem die 53-jährige Angela Mazini, Einwohnerin von Frugero (Provinz Alexandria) mit 145 Kilogramm Gewicht, als Siegerin hervorging. „Ich empfand nie Komplexe diesbezüglich“, gestand sie den Journalisten. „Im Gegenteil, ich bin stolz darauf, diesen Titel errungen zu haben.“ Unser Bild: „Miß Dickchen 1990“ Angela Mazini. Foto: TASS

Die rumänische Regierung hat als Hauptaktionär der gemischten Gesellschaft Oltcit ihre Zustimmung gegeben, den Konkurs anzumelden. Damit ist das im südumänischen Craiova angesiedelte Automobilunternehmen die erste Großfirma des Landes, die in Konkurs geht. Der Grund ist die totale Zahlungsunfähigkeit der Oltcit AG, in deren Bilanz ein Verlust von 5,8 Milliarden französischen Francs und eine Schuldenlast von 8,7 Milliarden Francs für Kredite und Kreditlinien zu Buche steht. Die Summen sind in Francs fakturiert, da es sich bei Oltcit um eine gemischte rumänisch-französische Gesellschaft handelt. Damit werden auch die in der Landeswährung Lei aufgenommenen Kredite als Schulden in Francs ausgewiesen. Der Schuldenanteil in harten Devisen bei der rumänischen Außenhandelsbank beträgt mehr als 5 Milliarden Francs.

Die Errichtung eines modernen Autowerkes in Rumänien durch ein französisches Großunternehmen geht auf eine Absprache zwischen dem rumänischen Diktator Ceausescu und dem französischen Präsidenten Giscard

d'Estaing 1975 am Rande der KSZE-Konferenz von Helsinki zurück. Ende 1976 wurde die gemischte Gesellschaft Oltcit gegründet, die als Hauptaktionär den rumänischen Staat und als einzigen Partner den französischen Konzern Citroen hatte. Am 17. Juni 1977 erfolgte der erste Spatenstich auf dem 117 Hektar großen Gelände in Craiova, auf dem die mit Abstand größte Autofabrik Südosteuropas entstehen sollte. Schon bald wurde aber klar, daß die Pläne irreal waren. Statt 1980 mit der Produktion zu beginnen, liefen erst 1982 die ersten Oltcit-Autos — ein kleiner Mittelklassewagen mit 1,1-Liter-Motor — vom Band. Statt der knapp 1,3 Millionen Autos, die Planmäßig bis Anfang 1990 produziert werden sollten, wurden bis heute nur 144 000 ausgeliefert. Auch in diesem Jahr hat sich die Lage nicht gebessert. Im Juli verließen das Werk von Craiova 702 Wagen, im August 1 800 und im September 1 450. Rentabel ist der Betrieb bei einer Monatsleistung von 6 000 Stück.

Die Gründe für das Scheitern von Oltcit liegen vor allem in

der Selbstüberschätzung und gleichzeitigen Mißwirtschaft des Ceausescu-Regimes. Aus persönlichen Gründen beschloß der Diktator, ein so kompliziertes Industrieunternehmen in seiner Heimatregion Oltenien (daher der Name: Oltenien plus Citroen) anzusiedeln, deren Bevölkerung über eine nur geringfügige industrielle Tradition verfügt.

Auch als das Werk endlich ins Laufen kam, ließen Qualität und Arbeitsintensität zu wünschen übrig. Hinzu kam, daß Citroen den Rumänen einen Wagentyp offeriert hatte, der in Frankreich nie gebaut werden sollte und der sich bei seinem Erscheinen auf dem Markt bereits als veraltet erwies. Vor allem der Benzinverbrauch des Oltcit liegt weit höher als der vergleichbarer Wagen seiner Klasse. Als der Citroen-Konzern merkte, auf was er sich eingelassen hatte, verabschiedete er sich bald aus der gemeinsamen Verantwortung. Seit 1982 hat weder der siebenköpfige Aufsichtsrat noch die Aktionsversammlung Beschlüsse über die Tätigkeit der Gesellschaft gefaßt.

Durch die unsinnige Entscheidung Ceausescus, sämtliche Auslandsschulden Rumäniens in harter Währung innerhalb weniger Jahre abzurufen, erhielt Citroen 4,4 Milliarden Francs von der rumänischen Außenhandelsbank ausgezahlt, was für die Franzosen ein Gewinn von etwa einer Milliarde Francs bedeutet. Die Firmenbeziehungen wurden fortgesetzt, da Oltcit ohne Zulieferungen aus Frankreich nicht produzieren konnte. Dabei stiegen die Preise für die französischen Lieferungen weit ausserhalb der Endabnahmepreise, für den Citroen einen Teil der Produktion aus Craiova zur Vermarktung übernahm. So betragen am Ende die Produktionskosten 27 000 Francs, der Aufkaufpreis durch Citroen jedoch nur 16 000 Francs. Ursprünglich war vereinbart worden, daß Citroen die Hälfte der Jahresproduktion von insgesamt 150 000 PKW vermarktet und dazu 28 000 Motoren pro Jahr aus Craiova abnimmt. Zu diesem Handel kam es jedoch nie, da die rumänische Seite weder die vereinbarte Menge noch die geforderte Qualität garantieren konnte.

Streit um Aoun

Kurz nach der Kapitulation von General Michel Aoun deutete sich eine diplomatische Krise zwischen Frankreich und Libanon an. Paris gewährt Aoun politischen Asyl und will ihm freies Geleit aus der französischen Botschaft in Beirut sichern, wohin der Offizier nach der Erstürmung seiner Enklave geflohen war. Der libanonesische Präsident Elias Hrawi forderte Frankreich dagegen auf, den Rebellenführer auszuliefern, damit ihm wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder der Prozeß gemacht werden kann. Drogenführer Walid Joumblatt verlangte, Aoun vor ein libanesisch-syrisches Gericht zu stellen. Frankreich galt neben dem Vatikan als engster europäischer Verbündeter des Generals, der sich als Vertreter der Christen

ausgab, zwei Jahre im Präsidentenpalast im Beirut Vorort Babada residierte und sich gegen den vom Parlament gewählten Präsidenten stellte. Seine Truppen setzten den blutigen Bürgerkrieg fort. Im Frühjahr 1989 erklärte er den „Befreiungskrieg“ gegen Syrien. Regierungskreisen zufolge haben inzwischen Konsultationen über die Bildung eines erweiterten Kabinetts der nationalen Einheit begonnen. Der sunnitische Moslem Dr. Sellim Al-Hoss bleibt Ministerpräsident, jedoch sollen auch bisher nicht vertretene Gruppierungen wie die „Lebanese Forces“ (LF) unter Samir Geagea in die Regierung aufgenommen werden. Geagea, ein christlicher Ostlibanesischer scharfster Kontrahent Aouns, hat

sich bereits für ein neues Kabinett ausgesprochen.

Nach ersten positiven Reaktionen der LF sowie der schillischen Milizen Amal und Hizbollah zeigte sich der Libanon-Sonderbeauftragte der arabischen Liga, Lachdar Ibrahim, optimistisch hinsichtlich weiterer Reformen in dem seit 15 Jahren vom Bürgerkrieg zerrissenen Mittelmeerland. Nachdem das Parlament im August Verfassungsänderungen zur Gleichstellung von Christen und Moslems ratifiziert und damit die praktische Umsetzung der vor einem Jahr in Taif ausgehandelten „Charta der nationalen Versöhnung“ eingeleitet hatte, sollen als nächstes innerhalb von sechs Monaten alle bewaffneten Milizen aufgelöst werden. Diese haben Libanon in Dutzende „Kleinststaaten“ aufgeteilt, ihre Kontrollposten bestimmen vielerorts noch immer das Straßenbild.

Arbeitsmarkt: freie Stellen

Den fast 320 000 freien Arbeitsstellen, die im September dem Arbeitsmarkt gemeldet waren, standen zum gleichen Zeitpunkt 24 400 Arbeitsplätze offen in der ehemaligen DDR gegenüber. Damit kamen im Westen Deutschlands auf eine gemeldete offene Stelle durchschnittlich etwa 5,4 Erwerbslose während im Osten diese Relation 1:18 betrug. Nach einem Material des Bundesprestaates, das sich auf jüngste offizielle Daten stützt, gibt es in der ehemaligen DDR trotz der problematischen Beschäftigungslage seit Juni eine deutliche Aufwärtstendenz hinsichtlich der Meldung offener Stellen. Erhielten die dortigen

Arbeitsämter im Juli gegenüber dem Vormonat von Betrieben und Verwaltungen lediglich 8 621 neue Angebote, betrug der entsprechende Zugang im September gegenüber August bereits mehr als 18 600. Auch die Zahl der Arbeitsvermittlungen erhöhte sich. Den Angaben zufolge konnten die Arbeitsämter in verganginem Monat in rund 12 000 Fällen helfen (August: 9 500). Dem Presseamt-Material zufolge muß jedoch berücksichtigt werden, daß der Arbeitsverwaltung nur ein Teil der gesamten Kräfteanfrage angezeigt wird. Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

Kinder-Freundschaft



Gemeinsame Liebe — die Geige

Die Tschaiowski-Musikschule in Zelinograd ist in der Republik weitgehend bekannt. Hier kommen die Kinder der Neulandmetropole mit der wunderbaren und schönen Welt der Musik in Berührung. Sehr beliebt ist unter ihnen die klassische Musik. Darum gibt es in der Tschaiowski-Schule so viele Klassen für die Geige, dieses bezaubernde Instrument. Aber bevor die

Kinderhände aus diesem Instrument faszinierende Töne hervorbringen, muß sehr lange und beharrlich geübt und gearbeitet werden. Die Musik hat, wie jede Kunst, nur Talentierte und Fleißige lieb.

Die Musiklehrerin Swetlana Tschudnowskaja bringt den Kindern die Kunst des Geigenspiels bei. Vor kurzem beteiligten sich ihre Schülerinnen an

einem musikalischen Gebietswettbewerb. Lena Sorokina belegte darin den ersten Platz. Wir gratulieren Dir, liebe Lena, wie auch Frau Tschudnowskaja!

Unsere Bilder: vor dem Konzert; Preisträgerin des musikalischen Gebietswettbewerbs Lena Sorokina.

Fotos: Jürgen Osterle

Für junge Naturfreunde

Aus der Geschichte der Vögel

Die Geschichte der Vögel begann vor vielleicht 200 Millionen Jahren damit, daß einige kleinere vierfüßige Tiere aus dem Schoße der sich vielfältig entwickelnden Saurier den Versuch unternahmen, sich einen Lebensraum, die freie Luft, zu erschließen. Solche Ansätze sind im Tierreich oft und in den verschiedensten Verwandtschaftsgruppen (Gliedertiere, Fische, Saurier, Amphibien, Reptilien, Säugetiere) erkennbar. Kaum eines dieser Naturexperimente ging von so günstigen Voraussetzungen in Bau und Arbeitsweise des Körpers aus, daß der Vorstoß wirklich zum Beherrschen des Luftraumes führte; gelang das aber, wie bei den Insekten und den Vögeln (in geringerem Maße auch bei den Fledermäusen), so eröffnete sich dieser neuen Lebensform eine ganze Welt freier Lebensstätten, die sie ausfüllen und in die sie sich in vielfältiger Weise einpassen konnte. Dieser viele Jahrmillionen währende Vorgang hat die Formenfülle der Insekten und der Vögel hervorgebracht, der wir uns heute gegenübersehen. Die Gefiederten haben sich, obwohl sie viel weniger Arten zählen als die Insekten, die unterschiedlichsten Lebensbedingungen auf der Erde zunutze gemacht: selbst in so außergewöhnlichen Verhältnissen, wie sie die höchsten Berge, die Steinwüsten und die Zone des ewigen Eises aufweisen, finden wir noch Vögel vor, die sich auf erstaunliche Weise dem harten Zugriff der lebensfeindlichen Kräfte ihrer Umwelt so trefflich entzogen haben, daß ihr Fortbestand gesichert ist. Der Mannigfaltigkeit der Bedingungen in ihren Lebensstätten setzten die Vögel ihre Fähigkeit entgegen, ihre Umwelt auf so vielerlei Weise auszunutzen, daß sich solche gänzlich verschiedenen Anpassungstypen wie Pinguine und Sepechte, Kiwis und Kolibris, Flamingos und Mauerläufer herausbilden konnten.

Der Ausgangspunkt dieser vielgestaltigen Tiergruppe liegt noch im Dunkeln; wir kennen

oder erkennen jenen kleinen Saurier nicht mit Gewißheit, dessen Nachfahren sich zum Urahn der Vögel umgestalteten. Gewiß ist nur, daß er mit den Vorfahren der heutigen Kriechtiere verwandt gewesen ist; die vielen Ähnlichkeiten im Grundbauplan der beiden Wirbeltiergruppen, von denen schon die Rede war, weisen deutlich darauf hin. Wahrscheinlich haben wir ihn unter den als Pseudosuchia bezeichneten kleinen fleischfressenden Sauriern zu suchen, unter denen einige Formen (Euparkeria, Ornithosuchus) gewisse Züge des Körper-

Krokodile abgeleitet. Ob die Vögel wirklich von jenen Formen ihren Ursprung nahmen, ist nur wahrscheinlich, aber nicht bewiesen.

Wir wissen auch nicht, welche Wege die Entwicklung vom kriechtierhaften Vorfahr zum echten Vogel im einzelnen gegangen ist. Stellte man aber einem Zoologen heute die Aufgabe, ein Tier zu kennzeichnen, das etwa die Hälfte dieses Entwicklungsweges zurückgelegt hat, das also kein echtes Kriechtier mehr, aber auch noch kein vollkommener Vogel ist, so würde er es gewiß etwa so beschreiben: „Dem Körperbau, der im großen und ganzen beiden Tiergruppen (die ja als Sauriosiden zusammengefaßt werden) gemeinsam ist, sind noch typische Reptilienmerkmale eigen, denen bereits einige charakteristische Vogelmerkmale gegenüberstehen“.

Eine so beschaffene ideale Zwischenstufe hat nicht nur wirklich gelebt, sondern ist dank außerordentlich günstigen Umständen auch gut erhalten überliefert, sogar in fünf Exemplaren; es ist der Urvogel Archaeopteryx lithographica, aus den im oberen Jura (Malm) gebildeten Kalkschiefen von Solnhofen in Franken. 1861, 1877 und zuletzt 1956 wurden dort Schieferplatten gefunden, auf denen sich auch zahlreiche Federn abgedrückt haben. 1860 hatte man bereits den Abdruck einer einzelnen 8 cm langen Feder gefunden, die wohl auch von Archaeopteryx stammt. Der älteste Fund, ein 1855 entdeckter Teilabdruck, wurde beschrieben und im Teyler Museum in Haarlem aufbewahrt, wo er erst 1970 als Archaeopteryx erkannt worden ist. Von einem 1951 gefundenen Exemplar erfuhr die Wissenschaft auch erst 1973.

Dr. Gottfried MAUERSBERGER
Deutschland

Unser Bild: Die Abbildung von Archaeopteryx

Zeichnung von Alexander Schestakow



baus aufzuweisen haben, die für die Weiterentwicklung zum Vogel Voraussetzung sein dürfen: die hinteren Gliedmaßen waren kräftiger ausgebildet als die vorderen und vermochten, da die redritze (mittlere) Zehe verlängert war, den Körper vielleicht allein zu tragen und so die „Hände“ frei zu machen; Euparkeria trug außerdem Schuppen, deren Form eine mögliche Vorstufe der Vogelfeder vorstellt, da sie länglich ausgezogen sind und eine Längsachse erkennen lassen, von der feinere Seitenleisten abzweigen. Aus der Gruppe der Pseudosuchia, die seit der Triaszeit nachweisbar ist, werden meist auch die gewaltigen Dinosaurier, die Flugsaurier und die

Alexander BRETTMANN

Die Elster

Vom Wald kam eine Elster ins nahe Dorf geflogen und hat die Steppenvögel gewissenlos belogen.

Doch als man sie entlarvte, ward sie nervös und böse. Den Star, den guten Sänger, sie nannte „faulen Esel“.

Sie tadelte die Schwalbe, verleumdete den Sperling. Die kluge sanfte Taube, schrie sie, sei eine Närrin.

Danach verhallte spurlos ihr lästiges Geschäker. Vielleicht tut sie sich, Kinder, jetzt unter euch verstecken?

Ein Kater ging spazieren

Worte: Erika ENGEL Weise: Alice LÖSCH

1. Ein Ka - ter ging spa - zie - ren, er ging auf al - len Vie - ren. Er klet - tert ü - bers Scheurendach, er buk - kelt sich und legt sich flach. Wir wol - len's auch pro - bie - ren, pro - bie - ren!

- Der Kater streckt die Glieder, springt auf und legt sich nieder. Dann dreht er sich im Katzenanz und schnuppert nach dem Mäuseschwanz. So machen wir es wieder, ja wieder!
- Wird er sich weiterbiegen und in den Hüften wiegen, dann wird er wohl, — da fehlt nicht viel, — dann wird er von dem lust'gen Spiel den Muskelkater kriegen, ja kriegen!

Der Schwarzfalke und der Wunderrappe

(Ein indianisches Märchen)

Glücklich schaute Schwarzfalke auf das stolze Pferd. Der Rappe aber sprach: „Wenn du jetzt mit mir zum Lager zurückkehrst, hüte dich, auch nur einen einzigen Büffel zu schießen. Du müßtest es bitter bereuen.“

Gern gab der Junge dieses Versprechen, denn er war sehr glücklich! Auf dem Rücken des schönen Tieres flog er dahin, dem Lager der Pawnee zu. Ja, bald wird er ein großer Jäger werden, und alle werden ihn verehren. Als er sich dieses Bild vorstellte, sah er plötzlich eine junge Büffelkuh. Eine heiße Jagdleidenschaft stieg in ihm auf, und er vergaß sein Versprechen. Er spannte den Bogen. Aber etwas Furchtbares geschah. Der Pfeil traf nicht die Büffelkuh, sondern den Hals des Rappen. Er wiherte in wildem Schmerz und fiel tot zu Boden. Da wollte Schwarzfalke vor Verzweiflung fast das Herz brechen. Er umfaßte fest den Hals des geliebten Pferdes und hatte alles um sich vergessen.

Erst als es dunkel wurde, ging er zum Lager zurück. Aber seine Trauer war so groß, daß er am liebsten gestorben wäre.

(Schluß, Anfang Nr. 194)



Als die Pawnee den Jungen erblickten, der das gefleckte Büffelfell über der Schulter trug, staunten sie. Man wollte ihm für das Fell Pferde geben, acht, zehn, ja sogar zwölf schöne Pferde! Schwarzfalke hörte gar nicht hin. Immer noch hörte er das Todeswihern seines Rappen in den Ohren. Die Großmutter umarmte ihn wieder und wieder vor Freude. Aber Schwarzfalke sah sie nicht. Sein totes Pferd stand ihm vor Augen. Das Fell des gefleckten Büffelkalbes schenkte er dem Häuptling, aber um Honigblüte warb er nicht. Sein einziger Reichtum

waren nur ein alter Wigwam (Zelt) und ein totes Pferd.

Als es Nacht wurde, ging er wieder in die Prarie, zum Fuße des Hügels, wo er den toten Rappen genauso vorfand, wie er ihn verlassen hatte. Er stieg den Hügel hinauf und begann die Totenklage.

Schwarze Wolken jagten am Himmel. Der Sturm brauste. Aber der Junge achtete nicht darauf. Immer stärker wurde der Sturm. Nun begann es auch noch zu regnen, und es schien, als ob alle Wasser der Erde auf den Hügel niederfallen. Doch der junge Indianer merkte das nicht. Als Mitternacht vorüber

war, erhob sich der Donner. Aus seinen Augen fielen helle Blitze, und wenn er seine Flügel regte, donnerte es über das weite Himmelszelt. Aber der Junge auf dem Hügel hörte es nicht. Plötzlich zuckte neben ihm ein Blitz auf. Ein Baum stand in hellen Flammen und erhellte die Nacht. Da sah Schwarzfalke etwas Wundervolles: aus dem Grase am Fuße des Hügels erhob sich der Rappe, sah ihn an und sprach: „Warum hast du dein Wort nicht gehalten, Schwarzfalke? Sieh, wieviel Schmerz dir bereit hast. Aber Tirawa, der große Geist (der Gott), hat meine Bitte erhört. Ich darf wieder zu dir kommen. Versprich, daß du mir immer gehorchen wirst. Geh jetzt in dein Lager zurück. Ich werde zehn Nächte auf dem Hügel bleiben. Suche mich hier, wenn sich der Himmel von den ersten Strahlen der Morgensonne rötet.“

Inzwischen hatte sich der Sturm gelegt. Die Wolken teilten sich, und ruhig leuchteten die Sterne über der schlafenden Prarie. Schwarzfalke aber war sprachlos vor Freude. Immer wieder strich er über das weiche Fell des geliebten Tieres. „Geh jetzt zurück“, sagte das

Pferd. Da machte sich der Junge auf den Weg. Als er am anderen Morgen zurückkam, stand neben dem Wunderrappen ein herrliches weißes Pferd, das er in sein Zelt führen durfte, am nächsten Tag war es ein braunes Pferd, darauf ein Füllen und so fort. Am zehnten Tag hatte er zehn Pferde, und eines war schöner als das andere. Am Morgen des elften Tages sprach der Rappe: „Heute noch mußt du zum Häuptling gehen und seine Tochter zur Frau verlangen.“

Schwarzfalke tat es. „Ich habe dir das Fell des gefleckten Büffelkalbes gebracht“, sagte er zum Häuptling, „gib mir deine Tochter. Ich bin reich, ich habe zehn schöne Pferde.“

Der Häuptling der Pawnee blickte auf den jungen Jäger und willigte ein. Schwarzfalke war der glücklichste Indianer im ganzen Stamm.

Seine Großmutter und Honigblüte wohnten jetzt in einem neuen Tipi (Zelt), und als der Häuptling starb, sollte Schwarzfalke der neue Häuptling werden. Den treuen Rappen hielt er Tag und Nacht an seiner Seite.

Und als Schwarzfalke nach vielen Jahren starb, trauerte das ganze Volk. Am demselben Tag war auch das Zauberpferd verschwunden und wurde nie mehr gesehen.

Zum Kichern



Unterwegs in die Schule



Zeichnungen: Alexander Schestakow



Im Handwerkerklub

Wladimir Nashmutdinow leitet in der Dorfschule Dubrowkas des Thälmann-Rayons, Gebiet Karaganda, den Handwerkerklub „Masterok“. Seine Mitglieder sind Kinder aus dem Dorf Dubrowka. Ihre handgefertigten Erzeugnisse aus Holz, Stoff und Ton sprechen die Besucher durch Eleganz und Schönheit an. Dima Kochweiß und Andreas Röhrer, die besten Schüler des Pädagogen aus dem Klub „Masterok“, nahmen vor kurzem mit ihren Kunstzeugnissen an der Republikausstellung teil.

Zur Zeit arbeiten die jungen Handwerker aus Dubrowka an der Ausstattung der Dorfschule. Sie wollen alle Klassen darin mit deutschen und kasachischen Nationalornamenten schmücken.

Georgi ISTOMIN

Gebiet Karaganda

Kinder-Freundschaft

Ich bin sportlich, ein leidenschaftlicher Leser. Vor allem aber liebe ich Musik. Ich spiele Geige und lerne in der Spezialmusikschule „K. Baisseitowa“. Es würde mich sehr freuen, mit dreizehnjährigen Jungen und Mädchen in Deutsch und Russisch zu korrespondieren, wenn sie die gleichen Interessen haben.

Ich wohne:
480033 Alma-Ata,
ul. Dshandosowa, 33-5
Alfred KORN

Chefredakteur
Konstantin EHRlich

Unsere Anschrift:

Kasachische SSR,
480044, Alma-Ata
ul. M. Gorkygo, 50
4-й этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbrief — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanai — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-84-49.

«ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65413

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

Объем 2 печатных листа

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Заказ 11976.